



Geschäftsführung Unterausschuss Stellenplan

Frau Stiens

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 24.04.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Unterausschusses Stellenplan** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 11.04.2013, 11:00 Uhr bis 11:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Frau Brigitta von Bülow GRÜNE

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Herr Ulrich Breite FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gisela Manderla CDU i.V. für Herrn Götz

Verwaltung

Herr Ingo Fleischer

Herr Wolfgang Heintz

Frau Susanne John

Herr Uwe Strecker

Frau Karin Heidemann

Frau Petra Powalka

Herr Axel Rostek

Herr Patrick Wasserbauer

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Jörg Dicken

Schriftführerin

Frau Verena Stiens

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz

CDU

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0 Wahlen

1 Mitteilungen der Verwaltung

1.1 4. Frauenförderplan 2011 - 2013; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge 1022/2013

1.2 Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten zum Stellenplan

1.3 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013

2 Stellenplanvorlagen

2.1 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014 0561/2013

2.2 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014 0910/2013

2.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2013/2014 0537/2013

2.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2013/2014 0539/2013

2.5 Stellenplan für die Jahre 2013/2014
0884/2013

I. Öffentlicher Teil

0 Wahlen

Herr Granitzka informiert, nachdem Herr Michael Neubert als bisher stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses sein Mandat niedergelegt hat, sei der stellvertretende Vorsitz des Ausschusses neu zu vergeben. Er schlägt Frau dos Santos Herrmann als neue stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Stellenplan vor und bittet die Ausschussmitglieder um Abstimmung.

Der Ausschuss ist einverstanden; Frau dos Santos Herrmann bedankt sich und nimmt die Wahl an.

1 Mitteilungen der Verwaltung

**1.1 4. Frauenförderplan 2011 - 2013; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge
1022/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Unterausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten zum Stellenplan

Frau Kronenberg nimmt Bezug auf die Mitteilung unter TOP 1.1 und erläutert, inwiefern der Stellenplan 2013/2014 aus ihrer Sicht die betriebliche Frauenförderung unterstützt.

Sie führt aus, im Bereich des höheren Dienstes wurden für 17 Stelleninhaberinnen Hebungsanträge gestellt; für Stelleninhaber hätten im betreffenden Zeitraum hingegen 32 Anträge vorgelegen. Frau Kronenberg informiert, diese Verteilung entspräche nicht dem Verhältnis der männlichen bzw. weiblichen Beschäftigten des höheren Dienstes bei der Stadt Köln.

Sie ergänzt, bisher wurden von den genannten Hebungsanträgen 2 Anträge für weibliche und 6 Anträge für männliche Beschäftigte positiv entschieden. Da insgesamt noch 13 Anträge (5 für weibliche bzw. 8 für männliche Beschäftigte) zurückgestellt seien, erhoffe sie sich hier jedoch eine Verbesserung des o.g. Verteilungsverhältnisses.

Frau Kronenberg betont, die Verantwortung zur Erreichung der durch den 4. Frauenförderplan festgelegten Ziele läge bei allen Dezernaten und ergänzt, sie habe den Stadtvorstand daher im Vorfeld erneut auf die Führungsverantwortung der Dezernate hingewiesen.

Deutlich positiv hervorzuheben sei jedoch, dass insgesamt 80 Frauen im Vergleich zu 27 männlichen Beschäftigten vom Stellenplan profitierten; 50 Anträge für weibliche Beschäftigte seien allein im gehobenen Dienst positiv entschieden worden.

Darüber hinaus habe sie sich sehr darüber gefreut, dass die Stellen von insgesamt 23 Schulbusbegleiterinnen von der Entgeltgruppe 2 um eine Stufe auf die Entgeltgruppe 3 angehoben worden seien.

Frau Kronenberg berichtet außerdem, mit Unterstützung von Herrn Oberbürgermeister Roters sei die Stelle einer Amtsleiterin nach B2 bewertet worden, wodurch sich erfreulicherweise in diesem Bereich die Quote hinsichtlich des Anteils der weiblichen Beschäftigten auf 30 % erhöhen werde.

Abschließend hoffe sie, dass die noch zur Entscheidung ausstehenden Anträge ebenfalls po-

sitiv entschieden werden. Für den höheren Dienst wünsche sie sich eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft.

1.3 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013

Der Ausschuss vertagt die Kenntnisnahme der Mitteilung vor Eintritt in die Tagesordnung.

2 Stellenplanvorlagen

2.1 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014 0561/2013

Frau von Bülow schlägt vor, die Behandlung der Beschlussvorlage aufgrund ihrer kurzfristigen Vorlage ohne Votum in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zu verweisen.

Herr Granitzka greift diesen Vorschlag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss

Der Unterausschuss Stellenplan empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, die Vorlage ohne Votum in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

2.2 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014 0910/2013

Beschluss:

Der Unterausschuss Stellenplan empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, **vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses Wallraf-Richartz-Museum § Fondation Corboud**, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013/14 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

2.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2013/2014 0537/2013

Beschluss:

Der Unterausschuss Stellenplan empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, **vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln**, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013/2014 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig, bei Enthaltung der Stimmen der FDP-Fraktion, zugestimmt

**2.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2013/2014
0539/2013**

Beschluss:

Der Unterausschuss Stellenplan empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, **vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester**, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan des Gürzenich-Orchesters für die Kalenderjahre 2013/2014 zu. Im Vergleich mit dem Stellenplan des Jahres 2012 erfolgen keine Veränderungen im Hinblick auf Mehr-/Wenigerstellen, Hebungen etc.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**2.5 Stellenplan für die Jahre 2013/2014
0884/2013**

Frau Manderla signalisiert bereits vorab, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird. Sie erläutert, entgegen der immer wieder geäußerten Forderungen ihrer Fraktion, Aufgabenabbau und Standardreduzierungen vorzunehmen, weise der Stellenplan für die Jahre 2013/2014 nun insgesamt 130 Stellenzusetzungen auf. Alleine 27 Stellen entfielen, nach bereits 30 Mehrstellen in den vergangenen Jahren, auf die Kämmerei – Bereich Controlling. Als weiteres Beispiel nennt sie das Amt für Informationsverarbeitung und fügt hinzu, gerade der Einsatz von IT bzw. EDV müsste vielmehr eine Einsparung von Stellen ermöglichen.

Herr Breite signalisiert vor dem Hintergrund des vorgelegten Stellenplanes ebenfalls Ablehnung seiner Fraktion. Er erklärt, insbesondere stünde die Vorlage im deutlichen Gegensatz zu den von der Kämmerin im Rat geäußerten Zusagen hinsichtlich der Reduzierung von Aufgaben zur Haushaltssanierung und vermutet an dieser Stelle ein Versagen der Kämmerin. Er stimme Frau Manderla insbesondere hinsichtlich ihrer Äußerungen zum Bereich Controlling der Kämmerei zu, welches nicht zu erkennen sei. Eine Stellenzusetzung in diesem Bereich werde daher zu keiner Verbesserung führen.

Herr Breite fügt hinzu, auch den insgesamt 19 Stellenzusetzungen im Bereich der Verkehrsüberwachung könne seine Fraktion in der Form nicht zustimmen. Außerdem könne die FDP-Fraktion die aufgeführten 35,5 Stellenzusetzungen im Bereich des Amtes für Informationsver-

arbeitung nicht nachvollziehen; insbesondere sollte die Verwendung der neuen Medien zu Personalabbau führen.

Frau von Bülow merkt an, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sei mit dem Stellenplanverfahren nicht zufrieden und erläutert, die Vorlagen seien den Fraktionen zu spät zur Kenntnis gegeben worden und darüber hinaus unübersichtlich gestaltet. Sie fügt hinzu, in diesem Jahr sei der Stellenplan den Ausschussmitgliedern während der Osterferien zugestellt worden, was insbesondere für ehrenamtliche Mitglieder des Ausschusses nicht zu vertreten sei. Auch sei dies der Bedeutung des Stellenplanes nicht angemessen. Darüber hinaus greift sie Herrn Breites Anmerkung zur Verantwortung der Kämmerin auf und weist darauf hin, dass entgegen seiner Ansicht der Stadtdirektor und nicht die Kämmerin für den Erstellung des Stellenplanes zuständig sei.

Den Zusetzungen im Bereich der Kämmerei könne sie zustimmen, da diesen auch deutliche Stellenabsetzungen gegenüber stünden. Hinsichtlich der Stellenzusetzungen bei der Berufsfeuerwehr, Bereich Digitalfunk, bitte sie die Verwaltung jedoch noch um Vorlage eines genauen Konzeptes, das aufzeige, wie parallel zur Stellenzusetzung die Reduzierung externer Vergaben ermöglicht werde. Sie ergänzt abschließend, auch wenn sie die 50 Stellenzusetzungen im Bereich der Schulsekretäre und -sekretärinnen aufgrund der erhöhten Aufgabenaufkommens verstehen könne, bitte sie die Verwaltung auch hier noch um Vorlage eines Konzeptes, welches z.B. die genaue Aufgabenverteilung bzw. Umstrukturierung aufweist.

Frau dos Santos Herrmann meldet weiteren Beratungsbedarf der SPD-Fraktion an. Darüber hinaus möchte sie jedoch bereits positiv anmerken, dass der Stellenplan 2013/2014 im Saldo eine eher bescheidene Stellenzusetzung aufweise, was auf eine seitens der Verwaltung erfolgreich durchgeführte Aufgabenkritik zurückzuführen sei. An dem Beispiel der 35,5 Stellenzusetzungen im Bereich des Amtes für Informationsverarbeitung erläutert sie, dass die Stadtverwaltung sich zudem vermehrt darum bemühe, Aufgaben in Eigenregie auszuführen anstatt entsprechende Leistungen teuer extern einzukaufen. Sie ergänzt, die Zusetzungen im Bereich der Schulsekretäre und -sekretärinnen seien hier zur Erreichung einer deutlichen qualitativen Verbesserung dringend notwendig.

Frau dos Santos Herrmann fasst zusammen, ihre Fraktion sehe insgesamt viele positive Ansätze im Stellenplan und ergänzt, dieser sei ein richtiger Weg, die Qualität der Stadt zu verbessern und die Ressource Finanzmittel einzusparen.

Herr Wolter teilt mit, er könne Frau dos Santos Herrmanns Äußerungen in gewissen Punkten teilen, dennoch benötige er insbesondere zu den Bereichen, in denen mehrere Stellen zugeetzt werden sollen, nähere Informationen. Beispielsweise könne aufgezeigt werden, dass den Stellenzusetzungen bei 12 auch Personalkosteneinsparungen durch den Einsatz von IT gegenüber stünden und schlägt die Vorlage eines derartigen Konzeptes noch vor Beginn der Sommerpause vor.

Herr Fleischer greift Frau Manderlas Anmerkung zur Anzahl der Stellenzusetzungen auf und weist darauf hin, dass der Stellenplan bei 185 Zusetzungen - wovon 46 befristet erfolgen sollen - und 119 Stellenabsetzungen lediglich 66 Stellenzusetzungen aufweise. Seines Wissens sei dies somit die geringste Stellenzusetzung der letzten Jahrzehnte, obgleich dieser Stellenplan Teil eines Doppelhaushaltes sei. Er informiert des Weiteren, aufgrund eines Stadtvorstandsbeschlusses aus Februar 2012 seien diesmal im Vorfeld keine Mehrstellenanträge der Dienststellen zugelassen worden. Lediglich bei unabdingbaren Bedarfen seien Mehrstellenanträge zugelassen und initiativ durch die Organisationsverwaltung überprüft worden. Herr Fleischer ergänzt, die von Frau Manderla angesprochenen Mehrstellen im Controllingbereich der Kämmerei könne er nicht erkennen. Hier seien ihm lediglich im Rahmen der Neuentwicklung des Kassenverfahrens benötigte Stellenzusetzungen bekannt.

Herr Fleischer nimmt darüber hinaus Bezug auf Frau dos Santos Herrmanns Anmerkung zum Ansatz, bestimmte Stellen zum Zwecke der Einsparung von Haushaltsmitteln zuzusetzen und

weist in diesem Zusammenhang ergänzend auf die Forderungen des Rechnungsprüfungsausschusses hin, der gerade in den Bereichen auf Stellenzusetzungen drängen würde, in denen man bisher auf kostenpflichtige externe Vergaben von Leistungen angewiesen sei. Neben den bereits angesprochenen Stellen im Amt für Informationsverarbeitung, betreffe dies z.B. auch Stellenzusetzungen im Amt für Straßen und Verkehrstechnik (66) bzw. im Amt für Brücken- und Stadtbahnbau (69).

Herr Breite äußert sein Verständnis für die von Herrn Wolter angemerkte Kritik hinsichtlich des teilweisen Fehlens eines Konzeptes und ergänzt, eine genaue Analyse würde zu einer besseren Nachvollziehbarkeit beitragen.

Frau Manderla bezweifelt die Zusetzung von lediglich 66 Stellen und fügt hinzu, auch die Aussage, dass zum Teil der Rechnungsprüfungsausschuss eine Stellenzusetzung in bestimmten Bereichen fordere, überzeuge sie nicht. Auch wenn es sich um die geringste Stellenzusetzung seit längerer Zeit handele, ändere dies nichts daran, dass die finanzielle Situation der Stadt Köln eine deutliche Aufgabenkritik zur Einsparung von Stellen erfordere.

Herr Fleischer äußert sein Verständnis dafür, dass z.B. bei einer Zusetzung von 50 Stellen im Bereich der Schulsekretariate die Vorlage eines Konzeptes gewünscht sei. Er erklärt, wie nicht zuletzt auch durch die Medien bekannt, bestehe hier, auch mit Blick auf die Anforderungen des "Offenen Ganztages", ein hoher Bedarf. Durch die angesprochene Zusetzung von Stellen soll die Abdeckung der erforderlichen Präsenzzeiten in den Schulen sowie eine funktionierende Vertretungsregelung ermöglicht werden. Herr Fleischer informiert, derzeit befänden sich hier für den gesamten Schulbereich lediglich 2 Stellen im Vertretungspool.

Herr Mayer, Amt für öffentliche Ordnung, erklärt, die 19 Stellen im Bereich der Verkehrsüberwachung sollen zu einer weiteren Verbesserung der Verkehrssituation beitragen. So habe man z.B. durch den Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachung auf der Zoobrücke große Erfolge erzielen können. Er erklärt, seitdem habe sich hier die Zahl der Todesopfer von bisher durchschnittlich 2 pro Jahr auf 0 reduziert. Auch die Anzahl der schweren Unfälle sei durch die intensiviertere Überwachung um 30 % gesunken. Herr Mayer berichtet weiterhin, in den letzten Jahren seien zudem die durch die Verkehrsüberwachung erzielten Einnahmen deutlich auf insgesamt 15 Millionen € gestiegen und hätten sich in den letzten 7 Jahren somit annähernd verdoppelt. Er ergänzt, die enorme Arbeitsverdichtung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innendienstes habe zu einem Anstieg des Kostendeckungsgrades von 200 % auf zuletzt 271 % geführt. Ein DV-gestütztes Verfahren sowie ein hohes Engagement der Beschäftigten hätten somit zu einer besseren Einnahmesituation geführt. Letztendlich verdeutlichten die Werte, dass Stellenzusetzungen in diesem Bereich refinanziert seien und sich für die Stadt rechneten.

Herr Mayer informiert abschließend, 4 Stellen seien auf gestiegene Fallzahlen zurückzuführen; 15 Stellenzusetzungen würden im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/Std. östlich und westlich des Grenztunnels benötigt. Diese Anzahl sei in Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsamt und unter Berücksichtigung des Kostendeckungsschlüssels von derzeit 271 % sowie der für 2013 prognostizierten 160.000 zusätzlichen Fälle berechnet worden.

Herr Rosenberger - Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz – erklärt, bei den von Frau von Bülow angesprochenen Stellen bei 37 handele es sich um 3 Projektstellen, die lediglich befristet bis 2014 bzw. 2015 zur Einführung des Digitalfunks eingerichtet werden sollen. Er führt aus, hierzu seien bestimmte Arbeiten, wie das Erstellen eines Nutzungskonzeptes, das Umrüsten der Leitstelle, die Durchführung eines erweiterten Probebetriebes, die Beschaffung der benötigten Geräte und Fahrzeuge, die Durchführung von Wartungsarbeiten sowie die Umrüstung der Gebädefunkanlage, zu erledigen.

Herr Dr. Engel informiert, die Stellenzusetzungen im Bereich des Amtes für Informationsverarbeitung (12) seien im Wesentlichen auf Leistungssteigerungen von 20 bis 100 % im Zeitraum 2010 - 2012 im Betrieb des Rechenzentrums zurückzuführen. Alleine 12,5 Stellen be-

ruhen auf gestiegenen Fallzahlen hinsichtlich der durch IT / EDV unterstützten Arbeitsplätze, die zentral durch 12 betreut würden. Er erklärt, diese Fallzahlen würden letztendlich mit Hilfe des stadtweit definierten und seit längerer Zeit festgelegten Schlüssels berechnet und seien somit sehr leicht nachvollziehbar. Herr Dr. Engel fügt hinzu, 14 Stellen entfielen auf Leistungssteigerungen im Bezug auf spezielle Betriebsfunktionen, die im Rahmen eines Leistungscontrollings nachgewiesen werden können.

Die Stellenzusetzungen seien zudem mit der Maßgabe erfolgt, zukünftig auf den Einkauf von kostenintensiveren externen Dienstleistungen verzichten zu können. Er bittet außerdem um Beachtung, dass aufgrund der bekannten Prüfung einer möglichen Zusammenarbeit mit dem IT - Dienstleister des LVR zur Erreichung eines Synergieeffektes, über einen längeren Zeitraum auf die Zusetzung von Stellen verzichtet wurde. Da das Projekt letztendlich nicht verwirklicht werden konnte, fehlten diese Stellen nun.

Die Option, die Stellenzusetzungen mit einem an eine Begründung des Bedarfes gebundenen Sperrvermerk zu versehen, könne er zudem befürworten.

Auf Nachfrage von Herrn Breite, inwiefern die Zusetzung von Stellen in der übrigen Verwaltung direkten Einfluss auf die Stellenbemessungen bei 12 hätten, erläutert Herr Dr. Engel, dies richte sich nach zwei genau definierten Arbeitsplatztypen, wobei entweder der Betreuungsschlüssel 1:184 Arbeitsplätzen bzw. 1:250 Arbeitsplätzen anzuwenden sei.

Herr Wolter bedankt sich für Herrn Dr. Engels Ausführungen und signalisiert vor dem Hintergrund der hier ggfs. einzurichtenden Sperrvermerke seine Zustimmung zur Zusetzung von Stellen bei 12. Außerdem bitte er die Verwaltung noch um Information, inwiefern die im Wahlamt eingerichteten Stellen sowie die Stelle "Projektkoordination Mühlheim 2020" befristet seien. Auch bitte er um Mitteilung, ob die Stellenanhebung der stellvertretenden Amtsleiterstelle im Dezernat IV, die er für angemessen halte, noch umgesetzt werde.

Herr Fleischer informiert, hinsichtlich der Stellenanhebung läge ein Antrag vor, der sich noch in der Prüfung befinde. Er ergänzt, da Beschäftigte einen tarifrechtlichen Anspruch auf eine der Tarifordnung entsprechende Vergütung hätten, sei die mögliche Anhebung unabhängig vom Stellenplan zu betrachten. Sollte der Antrag in dem für Juni 2013 anberaumten Termin positiv entschieden werden, werde die Stelle rückwirkend ab Antragsdatum angehoben. Zudem sei es beabsichtigt, die Stelle "Projektkoordination Mühlheim 2020" befristet einzurichten.

Herr Heintz bestätigt abschließend, die angesprochenen Mehrstellen im Bereich des Wahlamtes sollen befristet für die Zeit der Durchführung der in diesem Jahr bevorstehenden Bundestagswahl sowie der Europa- und Kommunalwahl im Jahr 2014 eingerichtet werden.

Herr Granitzka greift die Anregung von Herrn Wolter auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

Der Unterausschuss Stellenplan empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
Vorsitzender

Stiens
Schriftführerin